

# Eine Frage der Zukunft

- Gedanken zum Millionenprojekt Rathausanbau in Neuenhagen -



Das Hauptgebäude in seiner heutigen Form

Von Billy Six im März 2009

Ein Monument für die nächsten 100 Jahre solle es werden, betonte Bürgermeister Jürgen Henze in der letzten Gemeindevertretersitzung, als es für die 28 Abgeordneten darum ging, das kostenintensivste Projekt der letzten Jahre anzuschieben: Einen Verwaltungsneubau für 5,2 Millionen Euro.

Dabei spricht sogar Vieles für die Position der Verwaltung.

Seit Jahrzehnten arbeitet der Großteil der Angestellten in einer nicht gerade schmucken Baracke. Die Mitarbeiter sprechen unter vier Augen von Platzmangel und kalten Räumen. Dass die Baumaterialien heute noch einmal verwendet werden dürften, kann bezweifelt werden. Das sind in der Tat nicht die besten Arbeitsbedingungen – und das im 20. Jahr nach der friedlichen Revolution.

Zum anderen hat sich die Finanzlage der Gemeinde in den letzten Jahren auch merklich gebessert: Die Schulden sind rückläufig und ein Betrag von 12,5 Mio. Euro steht sogar als Rücklage zur Verfügung.

Nicht einmal die öffentliche Meinung scheint den Plänen derzeit im Wege zu stehen. Im Gegenteil: „*Wenn wir bauen, dann richtig!*“ Dies ist eine populäre Einstellung, auch, ja vielleicht gerade, weil man es vermeintlich nicht selbst zu bezahlen braucht.

Doch genau hier beginnt mein Ansatz, warum ich am 12. Februar als einziger Gemeindevertreter gegen diese Beschlussvorlage stimmen musste.

Ein Jahr vor der Bürgermeisterwahl scheint sich Neuenhagen in einen regelrechten Kaufrausch zu begeben. Die vielen Projekte (Rathausanbau, Bürgerhaus, Sporthalle, Dotti-Villa, Feuerwehr, KITA, Verkehrsinseln, Straßenausbau etc.) werden nicht nur die Rücklage völlig verschwinden lassen. Es ist absehbar, dass in den nächsten Jahren ein Zusatzbedarf besteht, welcher nur durch neue Schulden oder Abgabenerhöhungen gedeckt werden kann. Und dabei sind die Folgekosten der größeren Gebäude noch gar nicht einkalkuliert.

Das Ganze müsste man gar nicht so dramatisch bewerten, wenn nicht schon jetzt abzusehen wäre, dass auf Neuenhagen, wie auf den gesamten Osten Deutschlands, in den kommenden Jahren enorme Belastungen zukommen werden. Die alten Bundesländer werden den Solidarpakt II bis 2019 vollständig einstellen. Nicht nur, dass unser Ort dann weniger Einnahmen haben wird; die Ausgaben über eine erhöhte Kreisumlage an Märkisch-Oderland werden zusätzlich zu Buche schlagen.

Auch in einer wohlhabenden Gemeinde ist das Steuer- und Abgabepotenzial nach oben hin begrenzt, und für meine Begriffe ausgereizt. Wenn denn durch die Zahlungen der Bürger schon Millionensummen zusammengekommen sind, warum gibt man unseren Menschen dann nicht ihr Eigentum zurück? Warum senkt man nicht Grund- und Gewerbesteuern? Warum müssen unsere Selbstständigen Gebühren dafür zahlen, Standplakate vor ihren Geschäften aufzustellen? Aus welchem Grund werden die Verwaltungsabgaben nicht reduziert? Wieso leisten wir uns den „Luxus“ für unser Oktoberfest einen Eintritt zu verlangen, und zerstören damit sogar eine Tradition? Bevor sich die Gemeindeführung ein „Mahnmal für die Ewigkeit“ setzt, erwarte ich Taten an genau dieser Baustelle.

Mit der bewilligten Investition von 5,2 Millionen Euro, einem Betrag, mit welchem ein Privater sich 20 Einfamilienhäuser bauen könnte, haben die Gemeindevertreter der Verwaltung nicht nur Geld, sondern vor allem einen enormen Vertrauensvorschuss geleistet. Doch auch hier sollte das Ende bedacht werden. Eine Administration, welche ohne Widerstand alles bewilligt bekommt, droht immer sehr schnell abzuheben. Der Umstand, dass der Architekt das Projekt mehrfach als Wahrzeichen einer „Stadt Neuenhagen“ anpries und nebenbei darlegte, dass für den Bürgermeister eine dem Vatikan entlehnte Papst-Treppe eingebaut werden solle, ist hier nur als spaßig scheinender Anfang zu sehen. Auf Dauer könnte eine im „Elfenbeinturm“ sitzende und sich vergrößernde Verwaltung eben eines immer weniger sein: Bürgerfreundlich. Genau dann sollte sich jeder auf der Straße jedoch fragen, was die Ergänzung zum Wahrzeichen (denn um mehr geht es ja nicht) gebracht hat.

Dass etwas getan werden muss, ist davon unbenommen. Und der CDU-Abgeordnete Dr. Klaus Obendorf, ein erfahrener Bauingenieur, hat auch Recht, wenn er anmerkt, dass ein längliches Gebäude ein optimales Verhältnis von (möglichst hohem) Raumvolumen und (möglichst geringen) Außenflächen garantiert. Darauf wurde geachtet. Doch aus welchem Grunde muss das Gebäude geschlängelt sein? Wieso muss es auf einer unebenen Fläche gebaut werden? Wieso bedarf es unbedingt einer Verbindung zum denkmalgeschützten Hauptgebäude? Und ist es wirklich notwendig, eine so intensive Verglasung durchzuführen?

Kurioserweise werden wir zukünftig mit einem supermodernen Rathausberg aufwarten können, der jedoch von einer teilweise ruinösen Umgebung geprägt ist. Hier wurde bereits angekündigt, dass weiteres Geld in den Abriss der verfallenen Häuser investiert werden müsse, um anschließend etwas Neues zu schaffen. Nur was? Egal. Hauptsache bauen. Obwohl Laie auf dem Baugelände, wäre es nach meinem Dafürhalten sinnvoll gewesen, an diesen Stellen ein lang gezogenes, aber geradliniges Gebäude auf ebener Fläche zu errichten. Ein schlichter Stil mit hübscher Außenfarbe wäre mehr als genug gewesen: Eine Wohltat fürs Auge, eine Schonung der Geldbörsen.